



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/X/130 - 8. Juni 1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 31-33  
Fernschreiber 039 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Einladung aus Moskau	S. 1
Mehru - Schrittmacher der Entspannung	S. 3
Storch versagt in der Sozialreform	S. 5
Vernichteter Kaffee und der "Industrie-Kurier"	S. 7

## Die Antwort muss ja sein

sp. In das Vorfeld der Viererkonferenz fällt die überraschende Einladung der Sowjetunion an den Kanzler der Bundesrepublik. Dadurch eröffnen sich in diesem hochpolitischen Sommer neue Perspektiven für die deutsche Politik. Wird der Kanzler sie nutzen? Die Sowjetunion ist eine der vier Besatzungsmächte, unter ihrer Befehlsgewalt liegt ein Drittel des deutschen Bodens mit 18 Millionen Einwohnern. Die friedliche Wiedervereinigung des gespaltenen Deutschland kann nur mit sowjetischer Einwilligung erfolgen. Eine Politik, die jeden russischen Vorschlag einfach nur als kommunistische Agitation oder als bolschewistisches Manöver abtut, wie es in der Vergangenheit so häufig geschah, ist eine gefährliche Selbsttäuschung und sie widerspricht den elementarsten Lebensinteressen des deutschen Volkes. Unsere Existenz und unsere Lebensmöglichkeiten werden immer davon abhängen, dass wir auch ein Verhältnis des erträglichen Nebeneinander dieser beiden Völker finden; zehn Jahre nach dem Zusammenbruch ist die Zeit mehr als reif, die furchtbare Erbschaft des zweiten Weltkrieges zu liquidieren.

Was auch immer die sowjetrussischen Absichten sein mögen - es wäre tödlich, darüber ein Rätselraten anzustellen - für den derzeitigen verantwortlichen Lenker der Bundesrepublik kann es keine andere als eine bejahende Antwort zu dieser Einladung geben. Die deutsche Politik hat jede Chance auszunützen, die der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit dient. Dieses oberste und dringlichste Ziel der deutschen Politik kennt keinen Aufschub; es zu verwirklichen hat sich im Grundgesetz die Bundesrepublik verpflichtet. Dieses Ziel umreißt auch schon den Rahmen, innerhalb dessen sich die Gespräche mit den Nachfolgern Stalins zu

bewegen haben.

Ein entscheidender Satz in der sowjetrussischen Einladung lautet:

"Die sowjetische Regierung glaubt, dass das Interesse des Friedens und der europäischen Sicherheit ebenso wie die Interessen der sowjetischen und der deutschen Bevölkerung eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Bundesrepublik verlangen."

Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, eine alte Forderung der sozialdemokratischen Opposition, kann allerdings nicht Endzweck sein, sondern nur die Vorstufe zur Erreichung der deutschen Wiedervereinigung. Nach diesem alles überschattenden Gebot hat die deutsche Politik zu handeln, Initiative zu entwickeln und Lösungen auszuarbeiten, die allen vier Besatzungsmächten die deutsche Wiedervereinigung als auch in ihrem Interesse angelegen sein lassen. Unvereinbar mit diesem Ziel ist das starre Festhalten an Verträgen und an Positionen, die im Klima des Kalten Krieges ausgehandelt und bezogen wurden.

Der Ernst der Stunde und die durch die Einladung gegebene Chance, den sowjetrussischen Verhandlungswillen in der deutschen Frage zu erproben, erfordern die Ausarbeitung eines elastischen, der veränderten weltpolitischen Situation angebrachten deutschen Verhandlungsprogramms, dessen Kernstück die Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses eines wiedervereinigten Deutschlands aber auch die Befriedigung der Sicherheitsbedürfnisse der vier Besatzungsmächte sein muss. Anregungen und konstruktive Vorschläge der sozialdemokratischen Opposition liegen vor; wer sie ignoriert, setzt sich dem Verdacht aus, die Wiedervereinigung anderen Zielsetzungen unterzuordnen.

In den kommenden, für die deutsche Zukunft so schwerwiegenden Wochen wird die Treuhänderrolle der Bundesrepublik auf die ernsteste Probe seit Bestand des Bonner Provisoriums gestellt werden. Diese neue Situation verlangt Mut und Kühnheit und auch ein neues Denken. Die Klugheit und die weise Mäßigung der Lenker Österreichs brachte diesem Lande nach zehn schweren dunklen Jahren die langersehnte Unabhängigkeit. Es ist recht bezeichnend für den in Bonn herrschenden Geist, dass die halbamtliche Reaktion auf das sowjetrussische Angebot eine Diffamierung der sozialdemokratischen Opposition war, deren Thesen angeblich durch die Einladung widerlegt worden seien. Nichts trüchter als dies. Schon einflussreiche Kreise in dieser Stunde, die die Konzentration aller Kräfte der deutschen Politik auf das Ziel der Wiedervereinigung hin erfordert, keine andere Aufgabe mehr, als die Kluft in unserem Volk zu vertiefen? Nicht die Opposition, wohl aber die Bundesregierung steht vor einer Revision ihrer bisherig n aus der Atmosphäre des Kalten Krieges gewachsenen Politik. Der Zwang zum Handeln, der für alle Weltmächte besteht, ergibt sich nicht durch die von der Bundesrepublik so offen sichtlich erstrebte baldige Verwirklichung des militärischen Teils der Pariser Verträge, er ergibt sich aus der Drohung aus des Atomzeitalters, das alles und alle mit Vernichtung bedroht.

Nehru zwischen den Blöcken  
-----

N.P. In den letzten zehn Jahren sind in Asien Völker zu festgefühten Staatsgebilden geworden, die in zunehmendem Masse Einfluss auf die Weltpolitik nehmen. Das bestechendste Beispiel ist Indien. Vielen Voraussagen zum Trotz ist das Riesenland nicht zum Opfer kommunaler Streitigkeiten und somit zum Spielball fremder politischer Interessen geworden. Die friedliche Befreiung Indiens von kolonialer Unterdrückung und Bevormundung hat die Auffassung erhärtet, dass unterentwickelte Gebiete nicht ihr Heil im Kommunismus zu suchen brauchen, wenn die Kolonialmächte rechtzeitig die Zeichen der Zeit verstehen. Wo dies nicht geschehen ist, kam und kommt es fast unweigerlich zu Bürgerkrieg, Teilung des Landes und kommunistischer Herrschaft.

Nach dem Tode Gandhis hat Ministerpräsident Nehru zur Entwicklung Indiens zur Nation entscheidend beigetragen. Aber ebenso hat er Hervorragendes auf dem gefährlichen Parkett der Weltpolitik geleistet. Seit der Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes hat es nicht an Verlockungen gefehlt, ihn in das eine oder andere Lager hinüberzuziehen. Bei allem Mißtrauen gegen noch vorhandene imperialistische Tendenzen des Westens ist er den kommunistischen Sirenenklängen nicht auf den Leim gegangen; Nehru liess sich durch die vielversprechende Losung "Asien den Asiaten" nicht ködern.

Es ist erklärlich, dass Nehru zunächst versucht hat, mit den asiatischen Staaten eine engere Verbindung aufzunehmen und dabei zunächst mit denen, die noch vor einem Jahrzehnt als Parias galten. Die jüngste Vergangenheit, die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der asiatischen Völker, war ja das einigende Band. Darüber hinaus galt es, diese Länder innen- und aussenpolitisch davor zu bewahren, sich in eine neue Abhängigkeit zu begeben, das hiess konkret, sich weder ideologischen, wirtschaftlichen, geographischen noch militärischen Blöcken anzuschliessen. Daher musste die Losung "Asien den Asiaten" in Indien auf taube Ohren fallen, ebenso wie die Vorstellung einer 3. Kraft. Nehru ist sich immer bewusst gewesen, dass selbst die Häufung einiger unterentwickelter Gebiete inmitten aufgerüsteter Blöcke kein bedeutungsvolles militärisches oder wirtschaftliches Kraftpotential darstellt. Einen derartigen Konkurrenzkampf auch nur beginnen zu wollen, hiesse ihn zu verlieren. Nach indischer Überzeugung müsste vielmehr der Versuch unternommen werden, die Aufteilung der Welt in Blöcke überhaupt zu verhindern, oder zumindest aufzuhalten. Dieses gigantische Vorhaben ist zumindest bei

der Struktur Indiens nur mit den Mitteln der Diplomatie möglich, gestützt auf die Überzeugungskraft derer, die wissen, dass die Erhaltung des Friedens nicht nur auf den Kalkulationen von Divisionen und Atombomben beruht.

Dass diese Politik bereits entscheidende Erfolge verzeichnen konnte, ist heute unbestritten. An wichtigen Brennpunkten in Südostasien ist es nicht zuletzt der indischen Politik gelungen, die Auslösung eines neuen Krieges zu verhindern. Damit ist Nehrus Nahziel erreicht worden, nämlich zunächst die südostasiatischen Staaten aus dem Konflikt der Grossmächte solange es geht herauszuhalten und darüber hinaus überhaupt zur Entspannung der Welt beizutragen.

Die Reise des Ministerpräsidenten Nehru nach Moskau und anderen europäischen Staaten stellt daher den Versuch dar, auch in Europa für eine Normalisierung der Beziehungen die Hilfe Indiens anzubieten. Nehru verfolgt damit weder finstere Pläne noch wird er fertige Formeln auf Lager haben. Vielmehr will er hören, was die Auffassung des Kremls tatsächlich ist, um so mit als Katalysator zu wirken. Wenn man von einer Mission Nehrus sprechen kann, so ist es diese. Dieses Ziel ist ebenso bescheiden wie weitgesteckt. Es basiert auf der Vorstellung, dass die Verwirklichung der Ko-Existenz nicht ein passives Hinnehmen des jetzigen status quo ist, sondern vielmehr eine aktive Anstrengung verlangt, um das Mißtrauen der letzten Jahre systematisch, wenn auch stufenweise, abzubauen. Alle Völker der Erde werden davon profitieren.

+ + +

#### Sprengkammern in Reichsbahnanlagen

Wie aus einem Bericht der sowjetzonalen "Deutschen Reichsbahn" hervorgeht, werden wichtige Eisenbahnprojekte, besonders Eisenbahnbrücken, mit Sprengkammern versehen. Soweit die Brücken nicht schon beim Wiederaufbau mit solchen Sprengkammern versehen sind, müssen sie nun nachträglich eingebaut werden. In den Aufgabenbereich der sogenannten "Brückenprüfer" wurde die Auflage eingefügt, den "ordnungsgemässen Verschluss" der Sprengkammern regelmässig zu überprüfen.

+

#### Einstellungssperre für VE-Betriebe

Auf Anweisung der Sowjetzonenregierung ist für alle "volkseigenen" Betriebe mit sofortiger Wirkung eine Einstellungssperre in Kraft getreten, die mit "Sparsamkeitsmassnahmen" begründet wird. Da in den letzten Monaten durch die verschärfte Materiallage in der gesamten Zone Massenentlassungen durchgeführt wurden, die mehr als 10 Prozent der in der VE-Industrie beschäftigten Arbeiter erfassten, bedeutet die Regierungsanweisung für mehrere hunderttausend Menschen die Verurteilung zur Dauerarbeitslosigkeit.

+ + +

## Rentenverbesserung ist nicht Sozialreform

von Prof. Dr. Ludwig Preller, MdB

Bundesarbeitsminister Anton Storch hat nach drei Jahren sein Schweigen aufgegeben. Er hat das Geheimnis der Beratungen seines Beirates an einer Ecke gelüftet. Noch wissen wir nicht, was dieser Beirat wirklich geleistet hat - wir hoffen Besseres, als jetzt Herr Storch bekanntgegeben hat.

Denn was der Bundesarbeitsminister der Presse vergangenen Samstag verkündete, war keine "umfassende Sozialreform", wie sie der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung zugesagt hatte. Es war nicht einmal der Ansatz zu einer Reform der Sozialen Leistungen, zu denen schliesslich doch wohl auch Gesundheitswesen, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Kriegsopferversorgung, Vertriebenenversorgung, Naziopferversorgung und einiges mehr gehören.

Was verkündet wurde, waren Grundsätze für die Verbesserung der Rentenversicherung. Eine grosse Reihe dieser Grundsätze kann man unterschreiben - vor allen auch deshalb, weil sich in ihnen Auffassungen widerspiegeln, die die SPD vor drei Jahren in ihrem Sozialplan formuliert hat. Das Gute schlägt eben doch durch, auch wenn der Bundesarbeitsminister es erst auf Umwegen und nach mehreren Jahren zu akzeptieren geneigt ist.

### Fataler Unterschied

Im Übrigen: wissen wir, ob Storch's heutige These übermorgen Gesetz sein wird? Bisher war zwischen Storch's Ankündigungen und ihrer Verwirklichung ein höchst fataler Unterschied. Man braucht nur an das Renten-Mehrbetrags-Gesetz zu denken, das einen Währungsausgleich bringen sollte und der Groszahl der Rentner "Mehrbeträge" von monatlich 1, 2 und drei D-Mark eingebracht hat.

Tatsächlich ist die Ankündigung Storchs nichts anderes als ein Versuch, die Öffentlichkeit vom Nachdenken darüber abzuhalten, dass das Kabinett bis heute einfach noch "nicht Zeit gefunden hat", sich mit der Sozialreform zu befassen.

Storch spricht in seinen Thesen nur von einer Rentenreform. Am interessantesten ist, dass nunmehr die Renten allen Arbeitnehmern, also auch allen Angestellten, und mit gleichen Grundbeträgen aus Steuermitteln und gleich hohen Steigerungssätzen als Rechtsanspruch zustehen sollen. Das hätte Herr Storch billiger haben können, wenn er diese Grundsätze vor drei Jahren dem sozialdemokratischen Sozialplan entnommen hätte.

Was diesen Sozialplan aber von Storch's Thesen unterscheidet, ist,

dass der Sozialplan alle Leistungen der Sozialen Sicherung als miteinander verbunden behandelt und dass er von drei Grundtatbeständen der möglichen Not aus geht - Krankheit, Arbeitslosigkeit, Einkommenslosigkeit -, die nach der Auffassung der SPD zu positiven Zielsetzungen einer neuen Sozialpolitik Anlass geben sollen.

Der SPD genügt nicht die Krankheitsbekämpfung, sie will in der Säule "Gesundheitssicherung" des Sozialplans der Gesundheit dienen: sie will die Menschen gesund erhalten, will Krankheitskeime durch vorbeugende Massnahmen rechtzeitig erkennen, und sie will, dass eine Krankheit ohne Aussteuerung voll ausgeheilt wird. In allen diesen Massnahmen soll der freipraktizierende Arzt massgeblich tätig sein.

Der SPD genügt nicht Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung, sondern sie will in der Säule "Berufssicherung" Arbeit schaffen. Die Berufsenkung soll in den richtigen Beruf führen, die Arbeitsvermittlung an den der Leistungsfähigkeit entsprechenden Arbeitsplatz, und vor allem muss Vollbeschäftigungspolitik dem Gesunden wie dem Anbrüchigen, z.B. dem Beschädigten, eine Arbeitsstätte sichern.

Existenzsicherung muss das Kernstück sein

Und der SPD genügt nicht, dass irgendwelche Renten oder Unterstützungen gewährt werden, wenn die Existenz nicht durch Arbeit gesichert ist. Sondern sie will in der Säule "Wirtschaftliche Sicherung" menschenwürdige Existenz mit gleichbleibender Kaufkraft und in Anpassung an das wachsende Sozialprodukt sicherstellen. Sie will bei Arbeitslosigkeit oder Krankheit eine Geldleistung, die, anders als heute, ausreicht. Sie will die Früh-Invalidität durch positive Gesundungs- und Wiedereingliederungs-massnahmen vermindern (das hat jetzt auch der Bundesarbeitsminister aufgegriffen). Und sie will im Alter Renten gewähren, die bis zu Dreiviertel des Einkommens gehen (eine solche Höhe hat Herr Storch wohl in Wahlreden genannt, wir vermissen sie jetzt in seinen Thesen).

Diese Leistungen sollen nicht nur allen Arbeitnehmern, sondern sie sollen in einer der Sonderbedürfnissen angepassten Alterssicherung, dazu mindestens in der Form der Gesundheitsvorsorge auch den Selbständigen zugutekommen.

Erst ein so umfassender und klar gegliederter Plan zeigt die Möglichkeit seiner Finanzierung. Was die Bekämpfung der Früh-Invalidität, was Gesundheitsvorsorge einspart, ermöglicht bessere Leistungen im Alter und bei Krankheit. Eine "Gesundungshypothek" hätte heute Mittel aufzubringen, die in den kommenden Jahren mehrfach wieder herorkommen würden - und die vor allem gesunde und lebensfähige Menschen schaffen könnten.

Diese Menschen müssen an ihrer Sicherung selbst interessiert werden.

Beshalb muss die Organisation in "Sozialgemeinden" dezentralisiert werden und in Selbstverwaltung arbeiten. Vor allem aber müssen die gesetzlichen Bestimmungen und die organisatorischen Einrichtungen so klar, einfach und übersichtlich sein, dass sie jeder überblicken und durchschauen kann. Erst wenn jedermann sich seinen Anspruch selbst ausrechnen kann - wer vermag das heute? -, darf man auch erwarten, dass sich jeder eigene Gedanken über die Sicherung seiner Familie macht. Erst dann kann man auch die oft geforderte "Selbstvorsorge" erwarten.

#### Storch liefert Stückwerk

Von alledem ist bei Storch nichts zu finden. Er schlägt eine Verbesserung der Renten vor - wobei er sogar die Selbstversicherung z.B. der Hausfrauen streichen will, als ob die Hausfrau nicht gerade den Versicherungsschutz für ihre Arbeitsleistung im Hause bitter nötig hätte! -, er schlägt dagegen nicht die für die Verminderung der Frühinvalidität erforderliche Brücke zur Gesundheitsicherung (weil er den dafür erforderlichen Gesundheitsausschuss seines Beirates überhaupt erst in den letzten Wochen gebildet hat!) - aber wir wissen weder, ob seine Vorschläge verwirklicht werden, noch wann dies geschehen wird.

Der Bundeskanzler aber hat für diese Legislaturperiode, also bis Herbst 1957, eine "umfangende Sozialreform" zugesagt! Sozialreform heisst doch wohl "Gesellschaftsreform"? Schon gegen Regierungskreise, dies sei "jetzt" nicht möglich! Nun, die "Gesellschaftsreform" der "Sozialen Marktwirtschaft" - des deutschen "Wirtschaftswunders" - war sofort nach 1949 "möglich". Auf welches "Wunder" sollen nun eigentlich die 12 Mill. Rentner und Unterstützten, die 17 Mill. Arbeitnehmer, denen Soziale Sicherung versprochen worden ist, warten? Darauf gibt ihnen Herr Storch auch noch keine Antwort.

+ + +

#### Ein Intelligenz-Test

-x Ein Unternehmer schreibt seinen Sohn - in einer laufend-artiklerische des "Industrie-Kurier" - und erläutert ihm in populärer Weise verwickelte wirtschaftspolitische Probleme. Natürlich schreibt der Verfasser nicht seinem Sohn, sondern den Lesern des Industrie-Kuriers, von denen man wohl annehmen dürfte, dass sie selbst vorwiegend Unternehmer sind. Es ist bezeichnend, dass man Unternehmern in volkstümlicher Weise wirtschaftspolitische Vorgänge erklären muss, die sie in ihrer täglichen Praxis vor Augen haben und sogar gestalten. Daraus spricht keine hohe Meinung über deren Intelligenz.

In seinem 40. Brief, der der Frage gewidmet ist: "Soll man Kaffee ins Meer schütten?", schildert der Verfasser, Herr Reiners: "Aber

Die Brasilianer wollten einfach nicht, dass der Kaffeepreis fallen sollte" - sicher meint Herr Reiners hier die Kaffeepflanzer und Exporteure, nicht die Brasilianer schlechthin - "Also zwangen (1) sie den Staat, die sogenannte Defesa zu gründen, d.h. eine Verteidigungsgesellschaft für den Kaffeepreis."

Und diese Defesa liess nun, als sich für ihre Übervollen Läger kein Absatz fand, den Kaffee ins Meer schaufeln, ganz entsprechend den Wünschen "der Brasilianer" und zur Aufrechterhaltung des Kaffeepreises. Aber, so stellt Herr Reiners weiter fest: "Ganz zu Unrecht haben manche Leute damals die "kapitalistische" Wirtschaft für diesen Wehwitz verantwortlich gemacht....Nur durch die staatliche Zwangswirtschaft der Defesa war ein derartiger Irrsinn möglich. Um den Preis hochzuhalten, musste das Überangebot beseitigt werden."

So ist's richtig! Erst zwingt man den Staat, die planlose Überproduktion der freien Unternehmer aus Steuermitteln aufzukaufen. Dann produziert man planlos weiter, denn die Preise sind ja garantiert. Und schliesslich beschimpft man den Staat, der diese Überproduktion zu den wunschgemäss künstlich hochgehaltenen Preisen ebenso wenig abzusetzen vermag, wie vorher die freien Unternehmer selbst, mit der Bezeichnung zwangswirtschaftlicher Irrsinn.

Möglich, dass etliche Leser des Industrie-Kuriers solche Erläuterungen nötig haben; möglich auch, dass der Verfasser seinen eigenen Unsinn glaubt. Wahrscheinlich<sup>er</sup> ist jedoch, dass einige Unternehmer meinen: der Mann und seine Verdrehungen sind ihr Geld wert. Träfen "die ersten" Vermutungen zu, so hätten Verfasser wie Leser dieser Unternehmerbriefe in einer mangelnden - allerdings sehr nutzbringenden-Intelligenz. Es ist jedoch anzunehmen, dass auch den westdeutschen Unternehmern eine solche Erklärung gefällt, weil sie mit den Einfuhr- und Vorratsstellen in der Bundesrepublik die gleiche Praxis betreiben, wie "die Brasilianer" mit der Defesa. Der Intelligenztest wäre also der westdeutschen Bevölkerung gestellt. Sie müsste sich fragen, warum sie sich Kosten und Lohn der "freien Unternehmer", die auch sie zwangsweise mit ihren Steuernmitteln stützt, noch länger gefallen lassen soll.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Oxler